

XXI. Beirat beim Ortsamt Burglesum
Niederschrift über die 3. Beiratssitzung am 19.09.2023
Sitzungsraum des Ortsamtes Burglesum, Oberreihe 2, 28717 Bremen
Beginn 19:00 Uhr Ende 21:30 Uhr

Anwesend waren

die Damen und Herren Beiratsmitglieder

SPD: Maren Wolter, Niels Heide, Lizza Besecke, Alessandro Bünnagel, Bianca Lönnecker, Werner Müller

CDU: Martin Hornhues, Helga Lürßen, Kerstin Curtius, Isolde Eylers, Tobias Scholz

Bündnis 90 / Die Grünen: Ulrike Schnaubelt, Barbara Punkenburg

Bündnis Deutschland: Jens-Rainer Jurgan

Die Linke: Rainer Tegtmeier

FDP: Julian Serbest

Parteilos: Oliver Meier

Vorsitzender Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum

Protokoll Frau Tietjen vom Ortsamt Burglesum

Gäste:

Jan Müller, Vertretung von der Polizei Bremen

Marco Perin, Vertretung von der Polizei Bremen

Thomas Kötteritzsch, Vertretung von der Polizei Bremen

Stefanie Semrau, Vertretung von der Senatorin für Kinder und Bildung

*

Herr Boehlke eröffnet die Sitzung.

Herr Boehlke weist darauf hin, dass zur Erstellung des Protokolls Tonbandaufnahmen angefertigt werden.

Genehmigung der Tagesordnung:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortsamtes am 07.09.2023 verschickt.

Herr Boehlke teilt mit, dass TOP 6 „Antrag des Beirates zur Aufstellung der Haushaltsvoranschläge für die Haushalte 2024 und 2025 gemäß § 32 BeirOG“ auf Wunsch des Koordinierungsausschusses auf die nächste Sitzung verschoben werden soll. Weitere Änderungswünsche liegen nicht vor.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 29.08.2023

Das Protokoll wurde vorab an die Mitglieder des Beirates verschickt. Kleinere redaktionelle Änderungen wurden bereits eingepflegt.

Herr Meier bat um eine inhaltliche Ergänzung. Diese konnte leider nicht in das Protokoll aufgenommen werden, da diese in der Sitzung nicht wörtlich erwähnt wurde.

Frau Wolter möchte den Hinweis auf das Asbestkataster beim TOP 4 mit aufgenommen haben.

Beschluss:

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 2: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Keine

TOP 3: Aktuelle Situation bei den Kontaktpolizist:innen

Herr Boehlke begrüßt die Herren Jan Müller, Marco Perin und Thomas Kötteritzsch von der Polizei Bremen.

Herr Boehlke teilt vorab folgendes mit: „Ende Juli informierte der Polizeipräsident über den temporären Sondereinsatz der Kontaktpolizisten aus allen Stadtteilen. Konkret geht es hierbei um Bearbeitungsrückstände im Bereich der Strafanzeigen. Es folgte eine Aussprache mit dem Innensenator und dem Polizeipräsidenten in der Beirätekonzferenz.“

Unter den Fraktionen im Beirat Burglesum gab es die Verständigung, nach Anlauf der Maßnahme eine „Zwischenbilanz“ zu ziehen, inwieweit dieser Sondereinsatz die Kontaktpolizisten in Burglesum an ihrer eigentlichen Aufgabe hindert.

Ich weise darauf hin, dass in Burglesum derzeit die Revierleitung und zwei Stellen von unseren fünf KOPs nicht besetzt sind.“

Herr Bünnagel erscheint um 19:08 Uhr zur Sitzung.

Herr Müller und Herr Perin stellen sich kurz vor.

Herr Müller erläutert anhand einer Präsentation die aktuelle Situation.

Herr Müller berichtet, dass es einen Rückstand bei der Bearbeitung unbearbeiteter Strafanzeigen gebe aufgrund Personalmangel.

Laut Koalitionsvertrag sollen bis zum Jahr 2027 3100 Stellen bei der Polizei besetzt sein. Zurzeit seien 2667 Vollzeitstellen vorhanden. Da neue Polizist:innen zunächst ausgebildet werden müssen und es nur eine begrenzte Zahl Ausbildungsplätzen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung gebe, dauere es, bis die Zahlen erreicht werden.

Erschwerend sei, dass die Zahl der Notrufe und Einsätze im Einsatzdienst stark gestiegen.

Zur Abarbeitung der unerledigten Fälle sollen die Kontaktpolizist:innen aushelfen. Vorgesehen sei die Bearbeitung eines Falles pro Arbeitstag. Diese Aufgabe werde auch von anderen Bediensteten der Polizei wahrgenommen, davon ausgenommen der Einsatzdienst.

Geplant sei es, die Kontaktpolizisten von anderen Aufgaben, wie Fahrerermittlungen und Zwangsentstempelungen zu entlasten. Die Kontaktpolizist:innen in Burglesum werden aber weiterhin für Kernaufgaben wie Verkehrserziehung, gezieltes Aufsuchen von Brennpunkten und Opfernachsorge im Stadtteil zur Verfügung stehen.

Laut **Herrn Müller** werde sich die personelle Lage ab Oktober verbessern. Zunächst in der zentralen Anzeigenaufnahme, dann bei der Kriminalpolizei. Anfang April wird ein weiterer Ausbildungsjahrgang seine Ausbildung beenden. Dann könne auch bei den Kontaktpolizist:innen Stellen nachbesetzt werden.

In Burglesum handele es sich bei den freien Stellen um die des Revierleiters (der Ende des Jahres in Pension gehe, sowie eine Stelle in Marßel und in Grambke. Die Stelle in Marßel sei zurzeit unbesetzt. Der Posten in Grambke werde durch einen Vegesacker Kollegen im November nahtlos wiederbesetzt. Die beiden noch offenen Stellen können dann zum 01. April wiederbesetzt werden.

Herr Hornhues äußert die Hoffnung, dass die genannten Zahlen auch eintreffen. Es gehen jedes Jahr um die 100 Polizist:innen in den Ruhestand und auch die Ausbildung werde nicht von allen durch gehalten. Er sehe das ganze „auf Rand“ genäht. Die CDU habe sich hierzu sehr frühzeitig zu Wort gemeldet. Es sei nicht das erste Mal, dass Kontaktpolizist:innen für nicht originären Aufgaben eingesetzt wurden. Bezugnehmend auf die Situation direkt vor Ort, müsse man noch paar Jahre warten, bis die Kontaktpolizistenstelle in St. Magnus wiederbesetzt werde. Er hoffe, dass bis zur Wiederbesetzung der Stellen die Lücken durch Flexibilität ausgeglichen werden können.

Herr Bünnagel fragt, wie lange die Dauer von Eingang einer Meldung bis zur Ankunft einer Einheit dauere. Ob es hierzu Zielwerte gebe?

Herr Müller antwortet, dass die Polizei Bremen sich als einzige in Deutschland ein Maß gesetzt hat, Kategorie eins Einsätze in acht Minuten in 80 Prozent aller Fälle zu erreichen. So werden die Einsätze gesteuert. Natürlich gebe es mal Ausreißer, auch durch Auswirkungen der Baustellen in Bremen-Nord.

Frau Wolter glaubt, dass der Einsatz der Kontaktpolizist:innen für die Abarbeitung der Anzeigen notwendig sei. Sie möchte wissen, ob auch eine Personalrekrutierung für den mittleren Polizeidienst in Bremen diskutiert werde?

Herr Müller erwidert, dass das auch nicht der Heilsbringer sei für Bundesländer, die mittleren Dienst haben. Bremen habe nicht vor, den mittleren Polizeidienst wieder einzuführen.

Frau Wolter betont, dass auch die Digitalisierung für die Polizeiarbeit sehr wichtig sei. **Herr Müller** bestätigt das, aber es sei leider nicht so schnell, wie man sich das wünscht, um zu setzen.

Herr Meier hat verstanden, dass die Polizei einen sehr schweren Job zu erledigen hat. Er sei froh, dass es Menschen gebe, die bei der Polizei arbeiten. Er fragt, woran es liege, dass das Interesse an einer Polizeiausbildung sinke? Außerdem fragt er, warum die Zahl der Einsätze und Notrufe so stark gestiegen sei.

Herr Müller erläutert, dass alle Arbeitgeber am Markt inzwischen aktiv werden müssen, um Nachwuchs zu generieren. Der Fachkräftemangel sei in allen Branchen vorhanden.

Vom Prinzip her sei es so, dass weniger junge Menschen und eine große Auswahl von Berufen dazu führen, dass nicht mehr so viele Bewerber:innen vorhanden seien. Gleichzeitig sei der

Bedarf so hoch wie noch nie. Es herrsche auch ein Wettbewerb unter den Bundesländern. Zurzeit biete die Polizei Bremen einen Sporttest in den Schulen an. Wer den bestehe, müsste beim Auswahlverfahren diesen nicht erneut durchführen.

Die Anzahl der Einsätze der Notrufe reihen sich mit Feuerwehr und Rettungsdienst ein, das im zunehmenden Maße Notrufe ausgelöst werden. Das läge daran, dass sich Strukturen in der Bevölkerung geändert haben oder die Hilfe zur Selbsthilfe fehle. Es gebe, wie letztes Wochenende auch mal geballt viele Fälle, die in Kürze abzarbeiten seien. Das sei aber die Ausnahme. Das Grundphänomen an gestiegener Anzahl von Straftagen treffe aber nicht nur den Stadtstaat Bremen, sondern viele Bundesländer machen die Erfahrung.

Herr Meier möchte noch wissen, wie sich der Krankenstand entwickelt habe. **Herr Müller** sagt, dass die Polizei eigentlich immer ganz gut aufgestellt sei. Aber natürlich merke die Polizei auch die Belastung, die sich gesundheitlich bei den Kolleg:innen abbildet. Keine habe aber keine genauen Zahlen parat.

Herr Boehlke begrüßt, dass nicht nur die weiteren Kontaktpolizist:innen-Stellen wieder besetzt werden, sondern auch die Revierleitung. Nun sei das aber noch mehrere Monate hin und das Signal, dass ein Revier ohne Leitung sei, nicht gerade für Begeisterung im Stadtteil Sorge. Welche Möglichkeiten gibt es, die Sorgen in der Bevölkerung und im Beirat zu nehmen, dass es keinen direkten Ansprechpartner vor Ort gibt? Er erwartet schon, dass es weiter „kurze Wege“ zum Revier gebe.

Herr Müller versichert, dass das Revier nicht ohne Leitung sei, Herr Kötteritzsch sei jederzeit ansprechbar und habe auch eine Vertretung. Nach oben sei auch Herr Perin zuständig. Wenn es Probleme gebe, dann gebe es auch eine Lösung. Darüber möchte er bitte gern rechtzeitig informiert werden.

Herr Jurgan fragt, ob es nicht auch möglich sei, aus dem Justizbereich pensionierte Beamte heranzuziehen. Ob sowas auch angedacht sei, aus Polizei und Justiz? Er kenne von früher die Polizeipräsenz auf der Straße, die ein erhebliches Sicherheitsgefühl vermittele. Wie wird das in Bremen-Nord kompensiert oder werde das so „laufen“ gelassen?

Herr Müller teilt mit, dass noch nicht geschaut wurde, wer eventuell im Justizbereich zur Verfügung stehen könnte. Die Anregung nehme er gerne mit. Gute Erfahrung werden mit dem Ordnungsdienst gemacht, der nun endlich in Vegesack angesiedelt sei.

Herr Bünnagel erkundigt sich nach der Anzahl der Bewerbungen im Jahr und wieviele Personen eingestellt werden. **Herr Müller** kann dazu keine genauen Zahlen nennen. Die Bewerbungen werden knapper, daher gebe es dann auch weniger geeignete. Tatsächlich könne erst am 01.10.2023 die Zahl genannt werden.

Herr Meier möchte wissen, ob es sinnvoll sei, eine SEK-Einheit für Bremen-Nord vorzusehen.

Herr Müller antwortet, dass es noch keine Probleme gab, um das zu erwägen. Es gebe Unterstützungseinheiten in der Stadt. Wenn es Schwachstellen geben sollte, dann werde intensiver über die Leitstelle in den Stadtteilen verstärkt.

Herr Heide schlägt zur Beschlussberatung eine Unterbrechung der Sitzung vor. Die Sitzung wird unterbrochen.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum nimmt den Bericht der Polizei zur Situation der Kontaktpolizist:innen zur Kenntnis.

Er unterstützt die kurzfristigen Maßnahmen zum Abbau des Strafanzeigen-Bearbeitungsrückstandes und erwartet, dass dieses Ende des Jahres nicht mehr notwendig sein wird. Der Beirat Burglesum begrüßt ebenso die vorgestellten langfristigen Maßnahmen zur Personalaufstockung und die Zusage, dass in Burglesum alle offenen und freiwerdenden KOP-Stellen sowie die Revierleitung bis spätestens zum 01.04.2024 nachbesetzt werden. Der Beirat erwartet, dass die Kontaktpolizist:innen in Burglesum weiterhin für Kernaufgaben wie Verkehrserziehung, gezieltes Aufsuchen von Brennpunkten und Opfernachsorge im Stadtteil zur Verfügung stehen. Nach dem 01.04.2024 erwartet der Beirat, dass sich die Kontaktpolizist:innen auf ihre prioritären Aufgaben im Stadtteil konzentrieren können.

TOP 4: Kita-Versorgung im Stadtteil / Auswertung des Statusberichts II

Herr Boehlke begrüßt Frau Stefanie Semrau, Vertretung von der Senatorin für Kinder und Bildung.

Er erinnert an den bisherigen Sachstand:

„Der vorherige Beirat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, dass der Statusbericht II im Beirat vorgestellt wird, sobald dieser vorliegt. Das Ressort teilte mir zur Vorbereitung der Sitzung mit, dass das Verfahren geändert wurde und der Status II zukünftig nicht mehr ausgewertet wird. Heute erfahren wir daher die aktuelle Anmeldelage laut dem Kita-Portal. Belastbare Daten zur Versorgungssituation liegen aber erst im November vor. Ferner wird Frau Semrau uns heute Sachstände zu den Projekten Burgdammer Straße, Beckersweide und der Kita Am Heidbergstift geben.

Im Koordinierungsausschuss letzten Mittwoch wurde der Wunsch geäußert, heute auch etwas zur Personalgewinnung und Mitarbeiterbindung zu erfahren. Dieses liegt nicht in der Zuständigkeit von Frau Semrau, sondern im Referat 31. Die Teilnahme einer/eines Referent:in war so kurzfristig nicht möglich. Das Thema ist aber für die nächste Sitzung am 10.10.2023 bei der Senatorin für Kinder und Bildung bereits angemeldet.“

Frau Semrau schildert die Sachlage anhand von Präsentationen (s. Anlagen 1 und 2).

Herr Hornhues findet es ernüchternd, wenn das Berichtswesen umgestellt wird. So ist kein Vergleich zu den Vorjahreszahlen möglich. Im November erwartet der Beirat eine Gesamtübersicht. Kritisch sehe er es, dass die Kita Am Heidbergstift abgebrochen wurde, ohne die Vergabe parallel zu regeln. Es sei ihm unverständlich, das mit Abschluss des Abbruchs die Vergabe erst jetzt entschieden wird. Das hätte bereits vor einem halben Jahr stattfinden können. Das sei verschenkte Zeit.

Frau Schnaubelt möchte wissen, ob bei der letzten Ausbauplanung die Kita Burgdammer Straße bereits mit eingerechnet war. Diese sollte doch schon längst eröffnet sein.

Umbau des Statusberichtes neues Modell können sie dazu etwas dazu sagen. Die zahlen müssten doch schon vorliegen oder woran liegt es?

Frau Semrau erläutert, dass kurz nach dem Abbruch des Kinder- und Familienzentrums Lesum eine politische Willensbekunden aufkam, bestimmte Heiztechniken nicht mehr zu verwenden. Das habe Umplanungszeit gekostet. Zusätzlich forderte der Umweltbetrieb Bremen wegen der Bäume auf dem Grundstück eine spezielle Verschalung. Leider kam es auch dadurch zu Zeitverzögerungen.

Herr Heide fragt, welche Heiztechniken vorgesehen seien. **Frau Semrau** antwortet, es seien Fernwärme oder Wärmepumpen.

Zur Frage von Frau Schnaubelt teilt sie mit, dass die 78 unversorgten Kinder sind eingerechnet wurden. Es konnten sich bisher noch keine Kinder für das Kinder- und Familienzentrum anmelden. Die Plätze im Kita-Portal seien nicht frei geschaltet gewesen. Die jetzt genannte Zahl seien die unversorgten angemeldeten Kinder im Stadtteil. Im November könne sie über die Zielversorgungsquoten sprechen.

Frau Semrau berichtet, dass der Statusbericht III noch komme (dieser werde aufgrund der Umstellung dann anders heißen). Das sei der relevante Bericht, wie viele Plätze tatsächlich belegt seien. Die Umstellung des Berichtswesens habe sie genauso überrascht. Die Zahlen werden im April und November geliefert werden.

Frau Eylers wendet ein, dass es nicht sein könne, dass es aus den genannten Gründen zu den Verzögerungen gekommen sei. Die Einmessungen seien erst nach dem Abriss erfolgt um überhaupt ein Angebot erstellen zu können. Das wisse sie ganz genau, da Sie mit den Leuten vor Ort gesprochen habe.

Frau Semrau antwortet, dass sie diese Informationen so von Immobilien Bremen bekommen habe. Warum das so im letzten Jahr gemacht wurde, könne sie aber noch einmal hinterfragen.

Frau Wolter formuliert einen Beschlussvorschlag.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum nimmt den Bericht der Bildungsbehörde zur KiTa-Versorgung im Stadtteil zur Kenntnis.

Er kritisiert die schleppende Ausschreibung für den Bau des Kinder- und Familienzentrums Lesum.

Der Beirat begrüßt die Anstrengungen zur Unterbringung der durch den Wasserschaden nicht rechtzeitig fertig werdenden KiTa an der Beckersweide.

Der Beirat fordert, dass für die aktuell 78 unversorgten Kinder ein Platz gefunden wird. Der Beirat Burglesum begrüßt darüber hinaus die Vermeidung von klimaschädlichen Wärmekonzepten in KiTa-Neubauten.

Werner Müller verlässt die Sitzung um 20:45 Uhr.

TOP 5: Vergabe der Beiratsmittel – 2. Rate 2023

Herr Boehlke teilt mit, dass Gesamtmittel für 2023 in Höhe von 61.231,82 Euro vorhanden waren. Der Beschluss der 1. Rate belief sich auf 40.037,74 Euro. Es gebe eine Restsumme inklusive Rückforderungen von 21.598,57 Euro. Das Antragsvolumen der 2. Rate beläuft sich auf 30.009,19 Euro.

Es folgt eine kurze Vorstellung der Anträge durch **Frau Wolter**.

Herr Boehlke fragt den Beirat, ob die Positionen 1 bis 6 in gemeinsamer Abstimmung erfolgen können.

Der Beirat stimmt zu.
Die Positionen werden einstimmig beschlossen.

Position 7 soll in Einzelabstimmung erfolgen:

Herr Heide erläutert, dass im Koordinierungsausschuss intensiv über den Antrag diskutiert wurde. Die SPD werbe für eine Zurückstellung, weil das Projekt interessant sei und gerne ein Austausch mit der Initiative erfolgen sollte.

Frau Schnaubelt erwidert, dass die Grünen eine andere Meinung dazu haben, sie haben sich schon sehr mit dem Projekt auseinandergesetzt. Dieses läuft teilweise schon, das Geld werde nur für Personalkosten und EDV ausgegeben. Die Personalkosten seien auch nicht für Burglesum, sondern für ganz Bremen nach dem Gießkannenprinzip vorgesehen. Das sei alles nicht für den Stadtteil, dann wolle man das Geld lieber direkt in den Stadtteil investieren. Nicht für irgendetwas, was per Internet verteilt wird.

Herr Hornhues ergänzt Frau Schnaubelt. Die CDU werde das Projekt auch ablehnen. Das Projekt wäre sehr umfangreich beschrieben. Man will Bremen-Weit etwas auflegen, verteilt auf alle Beirate ohne ein konkretes Projekt. Burglesum profitiere davon nicht.

Herr Boehlke lässt zunächst über die Aussetzung des Beschlusses gemäß Geschäftsordnung abstimmen:

Beschluss: (6 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen)
Der Beirat lehnt die Zurückstellung ab.

Die Positionen 8-10 werden gemäß Tabelle einstimmig beschlossen.

Im Koordinierungsausschuss wird sich darauf verständigt, wann über die Restmittel im Beirat beschlossen wird.

Herr Hornhues teilt mit, dass der Beirat sich natürlich über die Anträge von Kitas, aber oft immer dieselben Einrichtungen Anträge stellen. Daher würde er sich 2024 über Anträge von Kitas freuen, die noch keine Anträge gestellt haben.

Beschluss:

	Antragsteller	Verwendungszweck	Antrags- summe	Beschluss
1	Beirat Burglesum	Umweltbetrieb Bremen - Grünanlage Knoops Park - Rundholzdoppelschaukel	2.853,69 €	Weiterleitung an KiJu
2	Beirat Burglesum	Umweltbetrieb Bremen - Grünanlage Knoops Park -Spielturm	5.783,19 €	5.783,19 €
3	Ev.-luth. Kirchengem. St. Martini zu Bremen-Lesum	Instandhaltung Gartenhäuser und Container	547,55 €	547,55 €
4	MTV "Eiche Schönebeck"	Anschaffung Trikots, Trainingsanzüge	2.810,00 €	Zurück gestellt
5	Kulturinitiative Lesum e.V.	Erneuerung der Heizwerttherme	5.000,00 €	5.000,00 €

6	BUND Landesverband Bremen e.V.	Anschaffung Rasenmäher	959,00 €	959,00 €
7	Ausspann e.V.	Teilhabe an der Gesellschaft für Menschen in vulnerablen Lebenslagen	2.938,40 €	0,00 €
8	Kita Zwergenland e.V.	Renovierung des Toberaumes	4.432,00 €	Zurück gestellt
9	ATIB - Kultur- und Bildungszentrum Bremen e.V.	Allgemeine Anschaffungen für Mehrzweckraum	3.983,26 €	Zurück gestellt
10	Schachklub Bremen-Nord e.V.	Neugestaltung der Homepage	702,10 €	702,10 €
	Gesamt		30.009,19 €	21.430,24 €

TOP 6: Antrag des Beirates zur Aufstellung der Haushaltsvoranschläge für die Haushalte 2024 und 2025 gemäß § 32 BeirOG

Die Beratung erfolgt in der nächsten Sitzung.

TOP 7: Anträge der Parteien und Beiratsmitglieder

Herr Boehkle teilt mit, dass heute Anträge, die in der letzten Sitzung mehrheitlich als nicht dringlich eingestuft wurden und die nicht zurückgezogen wurden, behandelt werden.

TOP 7.1: Schulwegsicherung im Kreuzungsbereich A 270 / Am Heidbergstift (Oliver Meier)

Antragstext:

„Der Stadtteilbeirat Burglesum fordert die zuständige senatorische Dienststelle auf, innerhalb der nächsten drei Monate dem Beirat Vorschläge zu unterbreiten, welche geeignet erscheinen, die Schulwegsicherheit von Grundschulern im Kreuzungsbereich A 270 / Am Heidbergstift zu verbessern.“

Begründung: Der genannte Verkehrsbereich wird von einer großen Anzahl von Grundschulern für den Schulweg genutzt, die aufgrund der Unübersichtlichkeit zum Teil überfordert sind. Hierbei ist zu erwähnen, dass an dem bislang ampelfreien Kreuzungsbereich Linienbusse queren, LKW-Verkehre die ansässigen Gewerbebetriebe versorgen und zum Teil ein stark erhöhtes Aufkommen des Individualverkehrs festzustellen ist. Die vorhandene Stoppschild-Regelung, von der Autobahnabfahrt kommend, wird zudem von den motorisierten Verkehrsteilnehmern häufig nur als unverbindliche Anregung verstanden.

Besonders belastet erscheint dieser Kreuzungspunkt, wenn in Ihlpohl die Verkehre nicht mehr von der A27 aufgenommen werden können und dementsprechend Ausweichrouten gewählt werden. Die Straße Am Heidbergstift in Richtung Hindenburgstraße ist in solchen Fällen eine der bevorzugten Alternativverbindungen.“

Herr Boehlke weist darauf hin, dass dieser Bereich wird im Rahmen des Fußverkehrschecks, bei dem wir mit den Vorschlägen in die engere Auswahl gekommen sind, näher untersucht, u.a. auch in einem Ortstermin mit Schulklassen.

Herr Meier findet es hervorragend, dass der Kreuzungsbereich mit aufgenommen wurde. Es sei ein sehr kreativer Ansatz und eine gute Möglichkeit, Verbesserungen zu erzielen.

Frau Wolter erläutert, dass der Fußverkehrscheck auf ortsteilebene durchgeführt werden. Ziel sei es, den Fußgängerverkehr zu fördern. Es gab ein Vorgespräch mit dem Ortsamt und ihr als Beiratssprecherin. Eine Auftaktveranstaltung sei für November für alle fünf Stadtteile vorgesehen. Es werde zwei Begehungen vor Ort geben und eine Abschlussveranstaltung. Als Gebiet festgelegt wurde der Kreuzungsbereich Am Heidbergstift und die Bördestraße. Der Fokus liege auf Verkehrssicherheit und Schulmobilität.

Herr Heide ergänzt, dass mit dem Antrag ein wenig „Ping Pong“ gespielt wurde. Erst sei ein Dringlichkeitsantrag formuliert worden, dann erfolgte der Verweis in den Verkehrsausschuss. Das Thema soll auch im Verkehrsausschuss beraten werden. Dafür plädiert er. **Herr Meier** schließt sich dem an.

Beschluss: (einstimmig)

Der Antrag wird zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Verkehr, Wirtschaft und Tourismus überwiesen.

TOP 7.2: Abstellung von E-Scooter im Stadtteil (Oliver Meier)

Antragstext:

„Der Beirat möge beschließen:

Der Stadtteilbeirat Burglesum fordert die zuständige senatorische Dienststelle auf, innerhalb der nächsten drei Monate dem Beirat Vorschläge zu unterbreiten, welche geeignet erscheinen, das Abstellchaos von e-scootern im öffentlichen Raum zu unterbinden. Sollte dies nicht möglich sein, so spricht sich der Beirat Burglesum für die Aussetzung des Angebotes auf Stadtteilebene aus.

Begründung: Die Verkehrssicherheit von Fußgängern, insbesondere älterer Menschen mit Seh- und Geh-Beeinträchtigungen, ist durch das oft willkürlich wirkende Abstellen von elektrisch betriebenen Leih-Rollern gefährdet. Selbst nach dem Anbieter-Wechsel scheint es in Bremen nicht möglich, hier einen geeigneten Nutzungsumgang zu organisieren.

Wünschenswert wäre es grundsätzlich, wenn die Nutzer die Elektro-Kleinstfahrzeuge an festgelegten Ladestationen durch ein Bonussystem ein- bzw. auszulösen könnten. Da aber eine verbesserte bundesrechtliche Verkehrsregelung hier noch auf sich warten lässt, ist zur Gefahrenabwehr gegenüber den schwächsten Verkehrsteilnehmern die Angebots-Aussetzung auf Stadtteilebene anzudenken.“

Herr Boehlke verweist darauf, dass es eine Verständigung des Koordinierungsausschusses sei, dieses Thema mit dem Betreiber im Verkehrsausschuss zu behandeln. Termin für den Ausschuss sei der 12.10.2023.

Herr Meier teilt mit, dass auch hier der Verfahrensgang ähnlich sei. Der Anbieter Lime käme in den Verkehrsausschuss

Herr Heide plädiert für eine Überweisung in den Verkehrsausschuss.

Beschluss: (einstimmig)

Der Antrag wird zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Verkehr, Wirtschaft und Tourismus überwiesen.

TOP 7.3: Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen Mückenproblematik an der Lesum und der Weser (FDP)

Antragstext:

„Sehr geehrte Mitglieder des Beirats Burglesum, ich möchte hiermit einen Antrag einreichen, der sich mit der drängenden Mückenproblematik entlang der Lesum und der Weser in unserem Stadtteil Burglesum auseinandersetzt. Die anhaltende und ungewöhnlich lange Regenzeit hat zur massiven Vermehrung von Mückenlarven geführt, die nun aufgrund der kurzen Trockenphasen überall präsent sind. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Lebensqualität der Anwohner, da das Lüften der Räumlichkeiten ohne entsprechenden Mückenschutz nahezu unmöglich geworden ist.

Problemstellung:

Die anhaltende Regenzeit hat ideale Bedingungen für die Vermehrung von Mückenlarven geschaffen, die nun in großer Zahl vorhanden sind. Die kurzen Trockenphasen reichen nicht aus, um die Mückenpopulation in Schach zu halten. Dies führt zu starken Einschränkungen der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in Burglesum, da das Lüften von Räumen insbesondere in den Abendstunden kaum möglich ist.

Darüber hinaus besteht die ernsthafte Sorge über die potenzielle Verbreitung von Krankheiten durch Mücken, insbesondere der Tigermücke. Diese Mückenart breitet sich zunehmend in Deutschland aus und kann gefährliche Krankheiten übertragen. Ein präventives Handeln ist daher dringend geboten.

Maßnahmenvorschläge:

1. Monitoring und Forschung: Wir schlagen vor, in Zusammenarbeit mit lokalen Gesundheitsbehörden und Experten eine umfassende Untersuchung der Mückenpopulation und der möglichen Verbreitung von Krankheitserregern durchzuführen. Dies sollte dazu beitragen, genaue Erkenntnisse über die Situation vor Ort zu gewinnen.
2. Präventive Bekämpfungsmaßnahmen: Auf Grundlage der Forschungsergebnisse sollten präventive Maßnahmen ergriffen werden, um die Mückenpopulation unter Kontrolle zu halten. Hierbei können Methoden wie gezielte Insektizidanwendungen und die Zerstörung von Brutstätten in Erwägung gezogen werden.
3. Information und Sensibilisierung der Bürger: Die Bevölkerung sollte über die
 1. aktuellen Entwicklungen, mögliche Gesundheitsrisiken und präventive
 2. Maßnahmen informiert werden. Dies kann durch Informationsveranstaltungen,
 3. Broschüren oder Online-Kampagnen geschehen.
4. Langfristige Strategie: Die Problematik der Mücken sollte langfristig angegangen werden. Dies könnte die Implementierung von nachhaltigen Maßnahmen zur Reduzierung von Mückenbrutstätten und zur Förderung natürlicher Feindfresser
5. beinhalten.

Schlussfolgerung:

Die aktuelle Mückenproblematik an der Lesum und der Weser erfordert rasche und koordinierte Maßnahmen, um die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten und mögliche Gesundheitsrisiken zu minimieren. Es ist wichtig, dass der Beirat Burglesum sich dieser Angelegenheit annimmt und die oben genannten Maßnahmen ernsthaft in Erwägung zieht. Wir sind überzeugt, dass durch eine proaktive Herangehensweise und enge Zusammenarbeit mit Fachleuten und Behörden eine positive Veränderung herbeigeführt werden kann.“

Herr Serbest erläutert seinen Antrag. Er sei in den vergangenen Wochen von Bürgerinnen und Bürgern auf die große Zahl der Mücken angesprochen worden. Geäußert wurde u.a. die Sorge, dass sich Krankheiten verbreiten könnten, beispielsweise durch die Asiatische Tigermücke.

Frau Schnaubelt teilt mit, dass die Grünen den Antrag prinzipiell gut finden, aber sie können nicht der Passage zustimmen, wo Insektizid-Anwendung vorgeschrieben wird. Sie liest einen angepassten Vorschlag vor.

Frau Wolter möchte wissen, ob es ein echtes Problem vorliegt oder einfach nur zu viele Mücken. Bevor man offiziell etwas veranlasst, sollte man sich die Lage anschauen. Mücken sind auch Nahrungsgrundlage für andere Lebewesen und Populationen können schwanken. Sie sieht Eingriffe in ein Ökosystem kritisch. Untersuchungen ja, aber alles Weitere würde sie jetzt nicht empfehlen.

Herr Hornhues findet, dass man eine Untersuchung durchführen lassen sollte und sich das Ergebnis im Umweltausschuss vorstellen kann. Dann kann überlegt werden, wie es weitergeht.

Herr Meier schließt sich der Aussage von Frau Wolter an.

Herr Serbest begrüßt den Änderungsvorschlag von den Grünen.

Beschluss: (15 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

Zum derzeitigen und besseren Umgang mit möglichen Mückenproblematiken bekennt sich der Beirat Burglesum zu folgenden Maßnahmen:

- 1. Monitoring und Forschung: Wir schlagen vor, in Zusammenarbeit mit lokalen Gesundheitsbehörden und Experten eine umfassende Untersuchung der Mückenpopulation und der möglichen Verbreitung von Krankheitserregern durchzuführen. Dies soll dazu beitragen, genaue Erkenntnisse über die Situation vor Ort zu gewinnen. Erst durch diese Informationen kann der Beirat in die Lage versetzt werden, angemessen auf die momentane und zukünftige Entwicklung zu reagieren.*
- 2. Prävention: Auf Grundlage der Forschungsergebnisse sollten präventive Maßnahmen ergriffen werden, die im Einklang mit dem Natur- und Artenschutz stehen und insbesondere die Rolle der Mücke im Ökosystem als wichtige Nahrungsquelle für andere Tiere berücksichtigt.*
- 3. Information und Sensibilisierung der Bürger:innen: Auf Grundlage der Forschungsergebnisse sollten die Bürger:innen über eine mögliche Gefahrenlage und Vorsichtsmaßnahmen informiert werden. Unabhängig davon sollen die Bürger:innen über eigenverantwortliche Maßnahmen im privaten Kontext zur Reduzierung der*

Mückenpopulation informiert werden – beispielsweise das Vermeiden von stehenden Wassern, dem generellen Abdecken von Regentonnen etc..

4. *Langfristige Strategie: Die in 1 bis 3 aufgeführten Punkte dürfen keine einmaligen Maßnahmen sein. Der voranschreitende Klimawandel führt in Hinsicht auf die Mückenproblematik zu einer dynamischen Situation; es ist davon auszugehen, dass durch weiter steigende Temperaturen und eine erhöhte Anzahl von Extremereignissen (Hochwasser, anhaltende Regenfälle) weiter vorteilhafte Bedingungen für die Verbreitung von Mücken geschaffen werden. Deshalb möchte sich der Beirat für eine Verstetigung einsetzen, um so die Bevölkerung frühzeitig über mögliche Veränderungen der Gefahrenlage informieren zu können.*

TOP 7.4: Änderung der Geschäftsordnung (Oliver Meier)

Herr Meier schildert, dass ihm einige Punkte in der Geschäftsordnung aufgefallen seien und diese habe er in eine juristische Prüfung gegeben. Hierzu müsse der Beirat sich jetzt verhalten. Die Geschäftsordnung sei eine wichtige Grundlage, mit der der Beirat arbeite.

Antragstext:

„Hiermit beantrage ich, die am 4.7.2023 vom Beirat beschlossene Geschäftsordnung dahingehend zu ändern, dass 1. § 10 Abs. 7 GO gestrichen wird und 2. in § 11 Abs. 2 Buchst. d GO die Punkte ii. und iii. wie folgt gefasst werden:

- ii. Organisatorische Beratung über vorliegende Anträge
- iii. Organisatorische Beratung über Beschlussempfehlungen.

Begründung:

Zu 1.: Gemäß § 23 Abs. 2 S. 1 BremBOG kann der Beirat „bestimmte Angelegenheiten Ausschüssen zeitlich begrenzt und widerruflich zur endgültigen Beschlussfassung übertragen“. § 10 Abs. 7 GO beschränkt sich nicht auf bestimmte Angelegenheiten, sondern gilt für sämtliche Angelegenheiten. Die Übertragung gilt insoweit auch nicht zeitlich begrenzt, sondern solange, bis die Geschäftsordnung wieder geändert wird. Da die Geschäftsordnung in diesen beiden Punkten von der Vorgabe des § 23 Abs. 2 S.1 BremBOG abweicht, verstößt sie gegen höherrangiges Recht. Mein Recht als Beiratsmitglied, mit meiner Stimme auf die Beschlussfassung Einfluss zu nehmen, wird durch § 10 Abs. 7 GO in unzulässiger Weise beschnitten. Die Regelung ist rechtswidrig und ersatzlos aufzuheben.

Zu 2.:

Es ist dem Koordinierungsausschuss verwehrt, sich mit Fachthemen zu befassen, weil er nichtöffentlich tagt und damit gegen das in §§ 14 und 25 BremBOG verankerte Prinzip der Öffentlichkeit der Beirats- und Ausschusssitzungen verstößt. Schon Beratungen müssen öffentlich sein und nicht erst die Sitzungen, in denen Beschlüsse gefasst werden, vgl. VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 23.06.2015 – 8 S 1386/14 – (Anlage), Rn. 43, 44, 53; VG Bremen, Beschluss vom 25.01.2021 – 1 V 1383/20 –, (Anlage) S. 6 f. § 11 Abs. 2 Buchst. d GO weist dem Koordinierungsausschuss zur Vorbereitung der Beiratssitzungen die Aufgaben „Beratung über vorliegende Anträge“ und „Beratung über Beschlussempfehlungen“ zu. Dem Wortlaut nach soll sich der Koordinierungsausschuss also auch inhaltlich mit den Sachthemen befassen. Damit verstößt die Geschäftsordnung gegen das Öffentlichkeitsgebot. Die Öffentlichkeit dient unter anderem auch dazu, dass die Beiratsmitglieder ihre politische Arbeit der Öffentlichkeit bekannt machen können. Der rechtliche Mangel lässt sich mit minimaler Änderung in der Weise beheben, dass die Aufgabe des Koordinierungsausschusses zur

Vorbereitung von Beiratssitzungen auf organisatorische Beratungen über vorliegende Anträge und Beschlussempfehlungen beschränkt wird. Ein Mitglied einer kommunalen Vertretungskörperschaft kann sowohl ein Recht auf korrekte Beteiligung an Abstimmungen als auch auf öffentliche Durchführung von Sitzungen grundsätzlich im Rahmen eines kommunalverfassungsrechtlichen Streits vor Gericht durchsetzen (VG Bremen, aaO, S. 4). Für den Fall, dass der Beirat den Änderungsanträgen nicht stattgibt, beabsichtige ich eine kommunalverfassungsrechtliche Klärung beim Verwaltungsgericht.“

Herr Hornhues bemerkt, bei wem auch immer Herr Meier die Geschäftsordnung in eine juristische Prüfung gegeben habe, könne er das zurzeit nur politisch, aber nicht juristisch beurteilen. Er schlage daher vor, bei der Senatskanzlei prüfen zu lassen, ob die Geschäftsordnung einwandfrei ist. Dort wäre der Sachverstand für diese Überprüfung.

Beschluss: (einstimmig)

Der Antrag wird zur juristischen Prüfung an die Senatskanzlei überwiesen.

TOP 8: Mitteilungen des Ortsamtes

- Ausschuss für Verkehr, Wirtschaft und Tourismus am 12.10.2023
- Tagesfahrt nach Ilsenburg am 14.10.2023

TOP 9: Mitteilungen der Beiratssprecherin

Keine

TOP 10: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten

Keine

Ende der Sitzung um 21:30 Uhr.

gez. Boehlke
Vorsitzender

gez. Wolter
Sprecherin des Beirates

gez. Tietjen
Protokoll